Friedrich Theophil Hensel,
Secretär der II. sächsischen Kammer.

Der 23. Wahlbezirk (Neustadt-Dresden) setzte sich aus der Neustadt mit 22 455 und den Städten Kamenz mit 4 422, Radeberg mit 2 560, Radeburg mit 2 179 und Radebeul mit 447 Einwohnern zusammen. Des weiteren gehörten zu ihm 119 Dörfer mit insgesamt 42 137 Einwohnern.[38] Da Prohlis und Eichbusch zum 22. Wahlbezirk (Pirna) geschlagen wurden, dagegen der Ort Räcknitz im Wahlortsverzeichnis nicht aufgeführt wird, verringert sich die offizielle Einwohnerzahl von 76 719 auf 76 419. Keine Wahlteilnahme war von sechs Gemeinden und einem Bad der Amtshauptmannschaft Dresden, von je zwei Dörfern bzw. Ansiedlungen der Amtshauptmannschaften Großenhain, Pirna und Meißen sowie von einem Gutsweiler der Amtshauptmannschaft Kamenz zu verzeichnen.
Nach dem Verhältnis der Gesamtzahl der angemeldeten Stimmberechtigten waren im städtischen Teil des 21. Wahlbezirkes (Altstadt-Dresden) 70 Wahlmänner in drei territorialen Abteilungen zu wählen. Entsprechend der Wahllisten wurden von den Honoratioren 38 vom Vaterlandsverein, 31 vom Deutschen Verein, 14 von beiden Vereinen und 1 von keinem Verein[39] nominiert.[40]
Nach erfolgter Ernennung der Wahlmänner kam es unter reger Teilnahme der Bevölkerung zur Wahl der Nationalvertreter und deren Ersatzmänner. Während im 21. Wahlbezirk (Altstadt-Dresden) der Wahlkampf beiseite gelegt wurde und der Kandidat des Vaterlandsvereins Franz Wigard auch durch Unterstützung der Regierung zum Nationalvertreter gewählt werden konnte[41], mißlang dies für den 23. Wahlbezirk (Neustadt-Dresden). Der am aussichtsreichsten geltende Kandidat Gustav Blöde unterlag dem des Deutschen Vereins Friedrich Hensel.[42] Diese beiden Männer waren damit die frei gewählten Vertreter des Großraumes Dresden für die erste konstituierende Nationalversammlung Deutschlands.

**Friedrich Theophil Hensel [Hensel I.]**
1798 Daubitz – 1869 Dresden, ev.
Stadtrichter, Advokat und Justizamtmann in Kamenz
In einem Bericht an seine Wähler bemängelte er die resultatarmen und langen Verhandlungen und den vorherrschenden Partikularismus. In der Frage Schleswig-Holsteins forderte er das Reichsministerium auf, die mandatswidrigen Bedingungen des Waffenstillstands zurückzuweisen. Er wies nach, daß es keineswegs zu einem europäischen Krieg kommen müsse. Im übrigen vertrat er die Auffassung, in den öffentlichen Sitzungen lieber zu schweigen, weil die Klubberatungen in der Regel die Beschlüsse im voraus bestimmten. Bei der Beratung über den Entwurf eines Reichstages stellte er den Antrag, daß ein Beschluß des Volkshauses nur einmal durch das Staatenhaus verweigert werden dürfe (wird abgelehnt). Im Zusammenhang

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id351321039/25
DRESDNER GESCHICHTSVEREIN e.V.